

Mit Julia Schmuck im Studio, guten Abend.

Das israelische Militär hat in der Nacht einzelne Bodentruppen in den Gaserstreifen geschickt. In Österreich fordert die israelitische Kultusgemeinde von der Polizei ein entschiedeneres Vorgehen bei den Demonstrationen.

Im Prozess gegen Ex-Kanzler Sebastian Kurz ist heute sein ehemaliger Kabinett-Chef befragt worden, erst ebenfalls angeklagt.

Warum das jedermann-Aussobbel in Salzburg so überraschend abgesetzt wurde, erklärt in diesem Abendjournalintendant Markus Hinterhäuser.

Ich weiß, dass wir jetzt etwas ausgelöst haben, was durchaus auch für alle, die in den letzten Jahren beteiligt werden, weder angenehm ist, noch leicht zu ertragen, ist es auch durchaus schmerzhaft.

Dazu gleich mehr, davor noch die Wetterprognose von Manuel Oberhuber.

Kräftiger Südföhn weht heute Abend auf den Bergen des Alpenhauptkamps.

Über 100 Kilometer pro Stunde gibt es zum Beispiel gerade am Pizterler Gletscher.

Morgen am Dienstag wird der Wind schwächer, vor allem in den Niederungen und in vielen Teilen Österreichs regnet es leicht.

Teils kräftigen Regen gibt es in Vorarlberg, in Osttirol und in Kärnten.

Die Sonne zeigt sich morgen noch ab und zu.

Meist ist der Himmel nebel und Wolken verhangen.

Die Höchstwerte liegen morgen um 16 Grad.

Woche 3 im Krieg zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas.

Das israelische Militär verstärkt nach eigenen Angaben die Angriffe auf den Gaserstreifen noch weiter.

Laut einem Armee-Sprecher hat Israel in der Nacht vereinzelt, auch mit Bodentruppen.

Die Hamas im Gaserstreifen angegriffen.

Das von der Hamas geführte Gesundheitsministerium in Gaza meldet inzwischen mehr als 5000 Todesopfer

auf palästinensischer Seite.

Paul Gräser berichtet.

Der Schutt häuft sich auf den Straßen.

Etlliche mehrstöckige Wohnhäuser liegen nach Raketentreffern in Trümmern.

Es sind verstörende Bilder, die die Nachrichtenagentur Reuters aus der Stadt Han Junis im Süden von Gaza liefert.

Die israelische Armee will in dicht besiedelten Gebieteinheiten der radikal-islamischen Hamas beschossen haben.

Mehr als 300 solcher Ziele seien getroffen worden.

Für die Einheimischen, die ihr zu Hause oder gar Familienangehörige verloren haben, ist es ein Albtraum.

Viele von ihnen sind speziell auf Anweisung der israelischen Armee hierher geflohen und wehnten sich in relativer Sicherheit.

Uns wurde gesagt, dass Han Junis ein sicherer Ort ist, sagt ein Mann, der seine kleine Tochter auf dem Arm trägt.

Daher sind wir alle aus dem Norden, aus Gaserstadt, hierhergekommen.

Aber leider war die vergangenen Nacht das Schlimmste, was wir bisher erlebt haben.

Derweils setzt auch die Hamas ihren Beschuss aus dem Gaserstreifen fort.

Nach Angaben der israelischen Armee wurden zwei Kampfdrohnen der Hamas abgefangen beim Versuch, israelische Stützpunkte zu attackieren.

Armee-Sprecher Daniel Hagari erklärt in einer Pressekonferenz, israelische Panzer und Bodentruppen hätten vergangenen Nacht, Zitat, Razzien im Gaserstreifen durchgeführt. Ziel der Operationen sei es, Informationen über den Aufenthaltsort verschleppter Geiseln zu bekommen.

Die Zahl der Geiseln muss der Sprecher mittlerweile auf 222 hinauf korrigieren.

Die humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung im Gaserstreifen läuft unterdessen nur schleppend an.

Über den Grenzübergang Raffach im Süden rollen heute nur zwei kleine Lkw-Convalls.

Zu wenig kritisieren Hilfsorganisationen.

Es fehlen vor allem weiterhin Antreibstoff, um Notstrom, Aggregate und Wasserpumpen zu betreiben.

Die Außenministerinnen und Außenminister der EU suchen heute in Luxemburg nach einer gemeinsamen Position zum Naostkonflikt.

Vor allem die Frage, ob eine Feuerpause zum Schutz der Zivilisten notwendig ist, entzweit die EU-Länder.

Aus Luxemburg berichtet Benedikt Feichner.

Die EU müsse mit einer Stimme sprechen, fordert Spaniens Außenminister Jose Manuel Albares beim EU-Treffen in Luxemburg.

Ein Wunsch, der heute nicht in Erfüllung geht.

Es brauche eine humanitäre Feuerpause zum Schutz von Zivilisten im Gaser und in Israel fordern etwa Spanien, Irland, Belgien und Portugal.

Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock wiederum betont, dass es keinen Frieden geben könne, solange die Hamas-Terroristen in Gaser weiter bestehen.

Deswegen ist die Bekämpfung des Terrorismus, der eben auch so viel Leid über die Menschen in Gaser gebracht hat, essentiell und zugleich muss alles dafür getan werden, dass das unglaubliche Leid der 2 Millionen Menschen in Gaser gemildert wird.

Das ist eine Quadratur des Kreises, aber dieser Quadratur des Kreises müssen wir uns gemeinsam stellen.

Luxemburgs Außenminister Chao Asselborn bekundet Solidarität zu Israel, gleichzeitig dürfe auf die Menschen in Gaser nicht vergessen werden.

Ich sage nicht aber, ich sage nur zur gleichen Zeit muss man den ganzen Kontext sehen und in diesem ganzen Kontext leben auch über 2 Millionen Menschen in Gaser, die geschützt werden müssen.

Nur wenn die EU eine gemeinsame Position im Naos-Konflikt findet, könne sie laut Asselborn eine ernstzunehmende Rolle spielen.

Die Diskussionen werden nun auf höchster Ebene fortgesetzt, bereits am Donnerstag kommen die Staats- und Regierungsspitzen der EU zu einem Gipfel-Treffen in Brüssel zusammen.

In Österreich sind am Wochenende gleich in mehreren Städten Israel-Flaggen abgerissen worden.

Die Vorfälle häufen sich in Wienwirt, deshalb der Stadttempel jetzt rund um die Uhr bewacht.

Die israelitische Kultusgemeinde begrüßt diesen Schritt.

Weniger Verständnis hat die IKG für das Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen, bei Runika Mauler berichtet.

Mit Sprüchen wie From the River to the Sea, werden bei Pro-Hamas-Demos regelmäßig zur Vernichtung Israels aufgerufen und der Terror verherrlicht, sagt der Generalsekretär der israelitischen Kultusgemeinde Benjamin Nägele.

Da quasi bejubeln der Abschachtung von 1.400 Zivilistinnen und Zivilisten in Israel und das natürlich erschreckend zu sehen, dass das im Stadtzentrum Wien stattfinden kann und dass der Talweise eben nicht eingegriffen wird, dass die Polizei nicht in dem Maße eingreift, diese Demonstration auflöst oder verfolgt, was da an antisemitischer Agitation stattfindet.

Darauf angesprochen, sagt Innenminister Gerhard Karner von der ÖVP, die Polizeischreiter bei solchen Demos mit aller Konsequenz ein.

Wenn ich daran denke, dass am Steffans Platz über 300 Identitätsfeststellungen durchgeführt werden, dass nach Beendigung der Solidaritätskundgebung am Ballhausplatz diese untersagte Demonstration

aufgelöst wurde, mittlerweile erste Personen der Justiz vorgelegt worden sind, dann sehen Sie, dass wir hier alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausnutzen.

Am Wiener Stadttemple weht jedenfalls wieder die israelische Fahne.

Das Herunterreißen war einer von 76 antisemitischen Übergriffen, die der israelitischen Kultusgemeinde

seit dem Terrorangriff der Hermas auf Israel gemeldet sind.

Es ist ein eklatanter Anstieg an Vorfällen, darunter mobbing jüdischer Schüler und das Zerschlagen eines Fensters seiner jüdischen Fleischerei.

Die angespannte Sicherheitslage hat auch Auswirkungen auf die Leistungsschau des Bundesheeres am Horigen Nationalfeiertag.

Man werde die Sicherheitslage ständig beobachten, heißt es heute vom Bundesherr Eva Haslinger informiert.

Bereits zum 28. Mal hält das Bundesherr am Wiener Heldenplatz eine Leistungsschau ab.

Heuer findet sie allerdings bei erhöhter Terrorwarnstufe statt.

Verteidigungsministerin Claudia Tanner.

Wir werden selbstverständlich die Sicherheitslage stündlich beobachten und beurteilen und die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen erhöhen und verschärfen, je nachdem wie das die Lage auch erfordert.

Besucherinnen und Besucher sollen keine Rucksäcke, Regenschirme oder gefährliche Gegenstände mitnehmen, heißt es heute.

Erstmals in Wien präsentiert wird der neue Leonardo-Hubschrauber AW 169.

Außerdem am Heldenplatz zu sehen sind beinahe alle gepanzerten Fahrzeuge von Leopard bis zum Ulan und ein 1 zu 1 Modell des Eurofighters.

Das ORF-Fernsehenüberträgt die Veranstaltung am Donnerstag ab 9.05.

18.08 Minuten gerade wir kommen zur SPÖ.

Da haben heute die Gremien der Partei getagt und die Weichen für den Parteitag im November gestellt.

Ganz ohne Konflikte ist auch diese Vorstandsitzung nicht ausgekommen.

Die burgenländische SPÖ ist unzufrieden mit der EU-Wahlkandidatenliste und fühlt sich schlecht behandelt und bei der Abstimmung über das Statut haben sich die Wiener enthalten. Eine Mehrheit gab es dennoch für beide Themen, Viktor Erwaldecker berichtet.

Das Präsidium der SPÖ wird jünger und weiblicher, das hat SPÖ-Chef Andreas Babler heute durchgesetzt.

Und auch die Statutenreform wurde im Vorstand mehrheitlich angenommen, Babler zeigt sich darüber erfreut.

Ein großer Ruf, der uns zum ersten Mal gelungen ist, zur Parteiversitzende vor mir, haben das leider nicht durchgebracht und jetzt haben wir sehr froh, dass wir diesen großen Schritt gehen, also auch drum auf das Ergebnis.

Künftig werden also die SPÖ-Mitglieder über den neuen Parteichef oder eine neue Parteichef in Abstimmen, sofern es mehrere Bewerber gibt.

Das war ein Kompromiss, denn besonders die Wiener SPÖ hält wenig von dieser Basis Demokratie. Die vier Wiener Vertreter im Vorstand haben sich bei der Wahl der Statutenreform heute enthalten.

Dazu sagt Wiener Bürgermeister Michael Ludwig.

Wir haben das als Kompromisslösung gesehen und wir haben den Delegierten der Wiener Landespartei

als Freigestellt am Bundesparteitag zu entscheiden.

Auch die EU-Wahlliste der SPÖ wurde heute angenommen.

Spitzenkandidat Andreas Schieder stand ohnehin nicht zur Debatte.

Zwei Gegenstimmen gab es allerdings aus dem Bogenland, dort fühlt man sich benachteiligt.

Laut SPÖ-Regeln würde dem Bogenland Platz fünf zustehen, heißt es dort.

Dafür hätte Ex-Verteidigungsminister Norbert Darabosch gern kandidiert.

Jetzt gibt es aber für einen Kandidaten aus dem Bogenland nur den sehr unwahrscheinlichen Listen Platz sieben.

Landeshauptmann Stellvertreterin Astrid Eisenkopf ist verärgert.

Wir hätten auch Platz sechs in Anspruch genommen, wenn es zentrale Notwendigkeiten gibt, aber dass sich das Bogenland dann aufgrund von anderen Entscheidungen hier benachteiligt wird, das sehen wir halt nicht ein.

Am Mittwoch wolle man im Landesparteivorstand die weiteren Schritte besprechen, kündigt die SPÖ Bogenland an.

Lohnverhandlungen unser nächstes Thema in der Metallbranche stehen die Zeichen auf Streik.

Bisher haben die Lohnverhandlungen hier ja kein Ergebnis gebracht.

Heute haben daher erst der Betriebsversammlungen stattgefunden.

So sind etwa 300 Aufzugsmonteurinnen und Montöre heute in der Zentrale des Gewerkschaftsbundes

in Wien zusammengekommen.

Das Ergebnis gibt es in der nächsten Runde keine Einigung, dann wird gestreckt.

Max Nikols berichtet.

2,5 Prozent mehr Lohn und eine jährliche Einmalzahlung von 1.050 Euro.

Das ist das Angebot der Arbeitgeberseite.

Zusammen mit den Antiteurungsmaßnahmen der Regierung würde das die Inflation abdecken, sagen die Arbeitgeber.

Das Angebot sei eine Frechheit, sagen hingegen heute die Monteurinnen und Montöre bei der Betriebsversammlung in der ÖGB-Zentrale in Wien.

Wenn man nur 2,5 Prozent geboten bekommt, wenn man schon elf verlangt, ist es schon sehr, sehr wenig.

Also ich weiß nicht, wie das bei den anderen ist, aber es ist schon eine Frechheit.

Natürlich ist es eine Frechheit.

Das ist ein Angebot.

Es freut sich keiner, oder?

Aber die Verarsche von 2,5 Prozent, das ist halt so.

Deftige Worte findet auch Arbeitnehmerchef Verhandler Reinholt Binder zum Thema Einmalzahlungen.

Wir wissen, dass wir grundsätzlich immer die Haltung haben, mit der Einmalzahlungen können es scheißen gehen, oder mit die Einmalzahlungen lassen wir uns sicher nicht abspeisen.

Wir können gerne über Einmalzahlungen reden oder diskutieren, das ist überhaupt keine Frage, wer für uns an Einmalzahlungen der Schnittlauch am Butter braut.

Am Ende beschließt die Versammlung, sollte es bei der nächsten Lohnverhandlungsrunde der Metaller am 2.

November zu keiner Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite kommen, dann wird es wenige Tage später erste Streiks geben, weitere Versammlungen sind geplant, auch sie dürften zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

Armut, unser nächstes Thema, funktioniert in Österreich der Schlusssozialstaat, die Umverteilung von Steuern zwischen reicheren und ärmeren Menschen.

Insgesamt ja, vor allem im internationalen Vergleich wird viel umverteilt, das zeigt eine Vivo-Studie heute.

Junge Familien haben es laut der Studie trotzdem immer schwerer, Maria Kern berichtet. Die Vivo-Studie hat sich nur mit den Jahren 2005 bis 2019 befasst, weil nur für diese Jahre vollständige Daten vorliegen.

In diesen Jahren sei die Schere zwischen Haushalten mit älteren Personen und Haushalten mit jüngerem Menschen aufgegangen, so Studienautorin Silvia Rocha Akis.

Wir sehen auch, dass die Armuts Gefährdungsquote gerade dieser jüngeren Haushalte gestiegen ist.

Auch die Kinderarmut ist insbesondere bei dieser jüngeren Kategorie gestiegen.

Schon ein Viertel aller Personen unter 35 Jahren mit Kindern sind laut Studie Armuts gefährdet.

Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen meint, ein Grund dafür sei die Reform der Mindestsicherung unter Türkis Blau.

Türkis Grün habe dagegen die Familienleistungen valorisiert.

Es sollte zusätzlich aber noch, so Rauch, eine Grundsicherung für Kinder geben.

Und weil immer mehr Frauen vor allem Alleinerzieherinnen von Armut betroffen sind, fordert die Caritas

heute eine Reform der Sozialhilfe.

Aktuell sind mehr als eine halbe Million Frauen in Österreich von Armut betroffen.

Bertha Thymazowitsch berichtet.

Rebecca liebt seit etwa einem Jahr im Haus Frieda der Caritas in Wien.

Sie hat eine schwierige Situation mit dem Kindsvater hinter sich, als sie schwanger zu Caritas gekommen ist.

Mittlerweile ist ihre Tochter 15 Monate alt und Rebecca denkt ans Ausziehen, doch sie hat Angst.

Weil bei den Preisen und wie das überhaupt weitergehen soll, ich bin allein, ich bin Alleinerzins mit einer kleinen Tochter.

Sie hat jetzt angefangen im Kindergarten.

Damit ist Rebecca nicht allein.

Bei der Caritas Sozialberatung ist der Bedarf um 50 Prozent gestiegen.

Zwei Drittel der Betroffenen sind Frauen, sagt Doris Anzengruber.

Es sind Frauen, die sich nicht leisten können, die Wohnung warm zu halten.

Es sind Frauen, denen das Geld fehlt, ein zweites Paar Schuhe zu kaufen oder für sich und ihre Kinder einen jeden zweiten Tag eine ausgewogene Mahlzeit sicherzustellen.

Die Caritas fordert eine Reform der Sozialhilfe.

Es müsse mindestens Standards geben und die Höhe solle nicht je nach Bundesland unterschiedlich sein.

18 Uhr und 14 Minuten gerade wir kommen in Niederösterreich haben derzeit noch wenige öffentliche Parkplätze einer Fotovoltaik-Übertachung.

Das soll sich ändern, dem nächsten Zollen 736 Parkplätze im ganzen Bundesland überdacht werden.

Insgesamt soll damit eine zusätzliche Stromleistung von 2,3 Megawatt erbracht werden.

Siebimone Baumberger mit einem Bericht von Lydia Mitterhover.

Die neuen Anlagen würden nicht nur Schattenspenden, sondern auch zur Energiewende beitragen und

wertvolle Böden sparen, so Landeshauptfrau-Stellvertreter Stefan Pernkopf.

Das, was wir brauchen, nämlich auf Dächern, auf Parkplätzen und keine wertvollen Wiesen- und Ackerböden verbrauchen, ich glaube, das ist ganz wesentlich.

Für die PV-Übertachungen stehen 2023 und 2024 insgesamt 8 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung.

Diese Förderung richtet sich an Gemeinden, an Vereine, an Firmen und auch an konfessionelle Einrichtungen, damit sie hier auch in den Schrittrichtungen Energiewende setzen.

Derzeit erhalten elf Projekte eine Unterstützung, unter anderem das Hobbyversum im Bezirk Melk, das Hollywood-Megaplex-Kino in St.

Pölten, das Autohaus Lea in Horn sowie das Lagerhaus in Bruck an der Leiter.

Heute startet zudem der nächste Förderkahl.

Dieser läuft bis 30. November und ist mit 2 Millionen Euro dotiert.

18.15 Minuten gerade nach Deutschland, wo es heute innenpolitisch nur ein Thema gibt, die bisherige Linkspolitikerin Sarah Wagenknecht gründet eine eigene Partei der Name Bündnis Sarah Wagenknecht.

Bis zu 20 Prozent werden ihr laut deutscher Meinungsforschung zugetraut, doch bis zur nächsten Wahl ist es noch ein ziemlich weiter Weg aus Berlin, Andreas Pfeiffer.

Als Einzelkämpferin mit ausgeprägter Provokationslaune hat es Sarah Wagenknecht zu einiger Prominenz

gebracht, was durch heftiges Mediengetümmel zu ihrem heutigen Auftritt belegt wird. Zunächst lässt sie wissen, dass sie sich soeben von der linken Partei getrennt hat und auch die Ampelkoalition für völlig planlos hält. Wir haben uns zur Gründung einer neuen Partei entschieden, weil wir überzeugt sind. So wie es derzeit läuft, darf es nicht weitergehen. Was nach Wagenknechts Meinung nicht mehr weitergehen darf, die Sanktionen gegen Russland, die Bewaffnung der Ukraine, die Klimapolitik der Grünen, die Willkommenskultur für Asylwerber, die Subventionen für die großen Konzerne. Mit dieser Protestmischung aus links und rechts soll das neue Bündnis 2024 zur Europawahl und dann zur Ostdeutschen Landtagswahl antreten. Die Geburt der neuen Partei wird allerdings zum Todesstoß für eine alte. Die Linke, die gerade noch den Einzug in den Bundestag geschafft hat, wird nach der Abwanderung der Wagenknechtruppe ihren Fraktionsstatus verlieren. Ihr nunmehr prominentes Mitglied, Gregor Gisi, ist empört. Das ist für mich natürlich ein bisschen Mandatsklau, muss ich sagen. Sarah Wagenknecht steht nun ein Scheidungskrieg mit der Linken bevor, dann der Aufbau neuer Strukturen. Später erst wird sich zeigen, ob aus der Einzelkämpferin auch eine Parteichäfin werden kann. Nach Salzburg jetzt zu den Festspielen. Seit gestern Abend wird hier spekuliert, warum das Jedermannsorschel der Salzburger Festspiele überraschend abgesetzt wurde. Die Instaurierung von Michael Sturminger mit Michael Mertens als Jedermann wird nächstes Jahr nicht mehr zu sehen sein, trotz anders lautender Zusagen. Wie Intendant Markus Hinterhäuser das begründet, hören Sie gleich Susana Dalmonte fast zusammen. Das gesamte Team sei für den Sommer 2024 angefragt worden. Michael Sturminger habe nur unter der Bedingung neu inszeniert, dass seine Produktion zumindest zwei Sommer lang zu sehen ist. Michael Mertens habe gar einen zwei-Jahres-Vertrag erhalten. Mittwoch dann die Absage an alle, kurz und bündig. Markus Hinterhäuser nimmt nun erst mal Stellung. Über Stilfragen muss man reden. Unmittelbar nach dieser Entscheidung wurde Michael Mertens und Michael Sturminger angerufen, von Marina da Vidovan, einem persönlichen Gespräch wurde das mitgeteilt und dann haben wir einen E-Mail verfasst, dass an sämtliche Mitgerissungsformes gegangen ist, mit der Ankündigung, dass wir uns dann auch mit jedem Einzelnen noch persönlichen Verbindungen setzen. Das ist per se jetzt nicht der schlechteste Stil. Das ist jetzt natürlich auch die eine oder andere juristische vertragsliche Implikation. Das ist uns auch vollkommen bewusst. Und so erweckt das gesamte Team eine Sammelklage gegen die Salzburger Festspiele, wobei man juristisch klären müsse, wie nicht vertraglich fixierte mündliche Vereinbarungen zu bewerten sind. Ob es zur Auszahlung des mit Michael Mertens bestehenden Vertrags kommen könnte, ist ebenfalls

noch nicht geklärt.

Ins Weltall jetzt.

Da gibt es neue Erkenntnisse über den Mond, er ist 40 Millionen Jahre älter, als man bisher angenommen hat.

Forscherinnen und Forscher haben Mondstaub, der in den 70er Jahren vom Mond mitgenommen wurde, neu untersucht.

Die Geschichte des Erdrabanten muss jetzt zumindest zum Teil umgeschrieben werden.

Elke Ziegler berichtet.

Vor Milliarden Jahren in der Entstehungsphase des Sonnensystems ist die Ur Erde mit einem anderen Himmelskörper zusammengestoßen.

Aus den Trümmern bei diesem Zusammenprall ist nach heutigem Wissen der Mond entstanden.

Nach nun vorliegenden Forschungsergebnissen war das vor 4,46 Milliarden Jahren und damit um 40 Millionen Jahre früher als bisher angenommen.

Herausgefunden hat das ein internationales Team durch die Analyse der Kristalle im Mondstaub. Sie beinhalten Elemente wie Uran und Blei und liefern exakte Hinweise auf das Alter des Staubs.

Der Mond hat großen Einfluss auf die Erde und der andere misst er für die Tageslänge verantwortlich und sorgt für die Gezeiten.

Ohne den Mond wäre das Leben auf der Erde völlig anders, so die Forscher kennt man den genauen Zeitpunkt, wann er entstanden ist, weiß man auch ab wann er mit seiner Schwerkraft die Entwicklung der Erde beeinflusst hat.

Zum Prozess gegen Ex-Kanzler Sebastian Kurzjitz, der ist heute am Straflandesgericht sein mitangeklachter ehemaliger Kabinettschef Bernhard Bonelli befragt worden.

Auch Bonelli bekennt sich nicht schuldig, er räumt aber ein, dass er bei seiner Befragung im Ibiza Untersuchungsausschuss bewusst knapp und formal geantwortet hat und dass er schlecht vorbereitet war auf diese U-Ausschussbefragung.

Auf Fragen der Staatsanwaltschaft wollte Bonelli heute nicht beantworten, Petra Bichler berichtet.

Für ihn seit der Urschuß ein Minenfeld gewesen, erklärte der frühere Kabinettschef Bernhard Bonelli heute vor Gericht, der enge Vertraute von Ex-Kanzler Sebastian Kurz betonte auch immer wieder, dass er Angst gehabt habe vor strafrechtlicher Verfolgung, dass er damit auf einen möglichen Aussagen Notstand hinarbeitet, der auch einen Freispruch vor Gericht bedeuten

könnte, will sein Anwalt Werner Supern nicht bestätigen.

Aber?

Natürlich waren die Umstände und Zustände im Untersuchungsausschuss sehr darauf ausgerichtet, ihm strafrechtliche Verfolgung anzuhängen oder ihnen strafrechtliche Verfolgung hineinzuziehen. Dieses Thema ist aber eines, worüber der Richter zu entscheiden hat.

Fragen der WKSDR wollte Bonelli heute nicht beantworten, der Prozess geht im November weiter voraussichtlich mit Thomas Schmidt als ersten Zeugen.

Weiter auf der Flucht ist ein Bankräuber, der heute Vormittag in Schwertberg in Bezirk Perg eine Bank überfallen hat.

Bei der Fahndung ist allerdings ein Schlepperfahrzeug angehalten worden, eflatziegler mit den Einzelheiten.



Der Täter war mit einem Rasiernmesser bewaffnet, also gegen halb 10 Uhr Vormittags die Bankfiliale stürmte.

Er sprang über das Verkaufspult, bedrohte zwei Angestellte und forderte Bargeld zu die Polizei.

Eine der Angestellten musste die Scheiner in einen Müllsack werfen, der Täter flüchtete, von ihm fehlt bisher jede Spur.

Dafür führte die groß angelegte Alarmfahndung nach dem Banküberfall zur Anhaltung eines Schlepper-Transporters.

Auf der B127 in Ottentheim wurde ein Kastenwagen mit ungerechem Kennzeichen gestoppt. Darin befanden sich 31 Menschen, der unter 10 jugendliche.

Bei den Illegal-Eingereisten sollte sich überwiegend um Kurten einen Afghanen und einen Iraker handeln.

Und weiter geht es im Nachrichtenstudio.

Andreas Lechner, bitte.

Die israelische Armee hat in den vergangenen Stunden erneut zahlreiche Stellungen der radikal-islamischen

Hamas im Gaserstreifen angegriffen.

Vereinzelt sind in der vergangenen Nacht laut Armeeangaben auch israelische Bodentruppen auf der Suche nach israelischen Geiseln in den Gaserstreifen vorgedrungen.

In der Zwischenzeit hat ein dritter Hilfskonvoi von Ägypten aus den Gaserstreifen erreicht.

Das hat der ägyptische Rote Halbmond mitgeteilt.

Fast 2,5 Millionen Menschen sind seit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober im Gaserstreifen eingeschlossen.

Massiv gestiegen ist heuer die Zahl der Firmenpleiten in Österreich von Jena bis Ende September sind mehr als 4000 Betriebe in die Insolvenz geschlittert.

Das ist der höchste Wert der vergangenen fünf Jahre, wie aus der aktuellen Statistik des Alpenländischen Kreditorenverbandes hervorgeht.

Gründe für die vielen Firmeninsolvenzen sind die Zinserhöhungen der EZB und gestiegene Kreditraten sowie verschärfte Kreditvergabe-Richtlinien und höhere Material- und Energiekosten, heißt es.

Die Ukraine meldet heftige Kämpfe aus dem Süden und dem Osten des Landes.

Allein in der vergangenen Nacht habe die ukrainische Luftwaffe nach eigenen Angaben mehrere russische Drohnen und eine Rakete abgefangen.

Ziel der russischen Angriffe war demnach einmal mehr, auch die Schwarz-Mehr-Region Odessa.

Die Hafenstadt Odessa spielt für den exportukrainischen Getreide seine wichtige Rolle und wird deshalb

immer wieder zielrussischer Angriffe.

Der türkische Präsident-Recepteib Erdogan hat Schwedens NATO-Beitrittsantrag nach monatelanger

Blockade nun offiziell dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt.

Erdogan habe das Beitrittsprotokoll heute unterzeichnet und an die große Nationalversammlung der Türkei weitergeleitet, teilte die türkische Präsidentschaft mit.

Schweden hatte die NATO-Mitgliedschaft in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen

## [Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (23.10.2023)

die Ukraine im Mai vergangenen Jahres beantragt.

Das Wetter morgen in Österreich meist trüb durch Nebel und Volk nur einzelne Sonnenfenster bei 11 bis 20 Grad.

Das war das Abendjournal am 23. Oktober hier Teamhäuter Katharina Ahama, Technik Rainer Hasevarischi und Julia Schmuck am Mikrofon.

Hier übernimmt jetzt Elisa Wasch.

Gleich ist es 18 Uhr und 25 Minuten.

Guten Abend.